

Abzug der Atomwaffen aus Deutschland endlich umsetzen

Vor genau zehn Jahren, am 26. März 2010, sprach sich der Deutsche Bundestag fraktionsübergreifend mit großer Mehrheit für einen Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland aus. Daran erinnern die Kampagnen „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt!“, die deutsche Sektion der „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ (IPPNW), ICAN Deutschland und Ohne Rüstung Leben und unsere Facebook-Seite „No Nukes Germany“

„10 Jahre nach dem wegweisenden Beschluss des Bundestages sind die damals an die Bundesregierung gestellten Forderungen noch immer aktuell“, erläutert Anne Balzer, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit bei ICAN Deutschland. „Die jüngeren Entwicklungen verdeutlichen: Deutschland hinkt hinterher. Mittlerweile haben 122 Staaten – ohne Deutschland – ein völkerrechtliches Verbot von Atomwaffen beschlossen. Deshalb fordern wir, dass die Bundesregierung endlich konkrete Schritte unternimmt, um dem Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt näher zu kommen“

Bereits 1955 hatten die USA – unter strengster Geheimhaltung – damit begonnen, atomare Kurzstrecken-Raketen in der Bundesrepublik zu stationieren. 1958 stimmte der Bundestag mit seiner CDU-CSU Mehrheit der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr zu und der Führungsstab der Bundeswehr forderte die Verfügungsgewalt über die in Deutschland stationierten Atomwaffen. Daraufhin entstand ein Proteststurm und die Bewegung „Kampf dem Atomtod“ mit Massenkundgebungen von insgesamt rund 1,5 Millionen Teilnehmern im Jahr 1958.

1960 starteten Atomkriegsgegner zum ersten Ostermarsch in Deutschland. Aus Hamburg, Bremen, Braunschweig und Hannover zogen die Protestierenden in einem Sternmarsch zum NATO-Raketen-Übungsgelände Bergen-Hohne. Der erste „Ostermarsch der Atomwaffengegner“ in München fand 1961 statt. Bei der Abschlusskundgebung auf Königsplatz sprach Erich Kästner. Die abenteuerlichen Pläne der Adenauer-Regierung – auf eigene Atomwaffen für die Bundeswehr – konnten verhindert werden. Die rund 6000 atomaren Kurzstreckenraketen in Westdeutschland wurden bis Ende der 1970er Jahre abgezogen. Übrig geblieben sind die auf dem Bundeswehr-Luftwaffenstützpunkt in Büchel stationierten US-Atombomben.

In Büchel ist das "Taktische Luftwaffengeschwader 33" der Bundeswehr stationiert. Käme es zu einem Angriff mit Atomwaffen, würden Piloten der Luftwaffe die Atombomben mit deutschen Tornado-Kampflugzeugen ans Ziel fliegen und abwerfen. Über die Milliarden teure Anschaffung neuer nuklearwaffenfähiger Kampfflugzeuge als Ersatz für die Tornados wird in den nächsten Wochen im Bundestag entschieden.

"Nukleare Teilhabe" heißt dieses Modell, durch das der Nicht-Atomwaffenstaat Deutschland an den Atombomben der USA partizipieren kann. Die Aufgaben sind dabei klar verteilt: Die Codes zum Scharfmachen der Atombomben kennen nur US-Militärs, ihr Abwurf aber wäre die Aufgabe deutscher Bundeswehrpiloten.

Militärisch seien die Atomwaffen, die in Deutschland lagern, "mit Sicherheit kein sogenannter Game Changer", folgert Tobias Lindner, Verteidigungsexperte der Grünen im Bundestag. Also nicht entscheidend für den militärischen Erfolg oder Misserfolg. Lindner hält sie vielmehr für einen "teuren, gefährlichen und antiquierten symbolischen Beitrag, um innerhalb der NATO mitreden zu können".

Informationsaustausch in der NATO

In den Händen der NATO liegt die strategische Planung für den nuklearen Schutzschirm über Westeuropa. Dort informieren die USA ihre Verbündeten regelmäßig über den Stand ihrer Nuklear-Planungen. In diesem Gremium der NATO mitreden zu dürfen, sei für Deutschland äußerst wichtig, betonen Mitglieder der Bundesregierung immer wieder.

Auch Atomwaffen-Experte und dänischer Wissenschaftler Hans Kristensen, (Direktor des Nuclear

Information Projects bei der Federation of American Scientists in Washington) einer der besten Kenner der Materie weltweit, hat dieses Argument von Vertretern des deutschen Verteidigungsministeriums gehört. "Sie glauben, das gebe ihnen die Möglichkeit, das Denken der USA über den Einsatz von Atomwaffen zu beeinflussen", sagt Kristensen. "Soweit ich das beurteilen kann, ist das eine völlige Fantasie."

Er habe noch von keinem Vertreter der US-Armee oder des Pentagons gehört, der "spezielle deutsche Ansichten über den Einsatz von Atomwaffen berücksichtigt" habe, betonte Kristensen in einem Gespräch mit der Deutschen Welle.

Vor zehn Jahren, am 26. März 2010, hatte der Bundestag die Bundesregierung mit großer Mehrheit aufgefordert, sich "mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen". Doch keine der drei Bundesregierungen, die seither unter der Führung von Kanzlerin Angela Merkel amtierten, hat diesen Schritt gewagt.

"Wir demonstrieren damit, dass wir an der Seite der Amerikaner stehen", sagt ein Tornado-Pilot der Bundeswehr, der lange in Büchel stationiert war. "Wenn wir nicht mehr mitmachen würden, würden die USA großen Druck auf uns ausüben." US-Präsident Donald Trump lässt bekanntlich keine Gelegenheit aus, von den europäischen NATO-Verbündeten ein größeres Engagement für ihre eigene Sicherheit einzufordern.

Die USA haben ein U-Boot mit einer neuen Langstreckenrakete mit relativ kleinem Nuklearsprengkopf ausgestattet. Der Einsatz des Gefechtskopfs vom Typ W76-2 sei eine Reaktion auf russische Tests ähnlicher Waffen, erklärte John Rood, Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium. Es handele sich dabei um "eine schnelle, weniger tödliche strategische Waffe mit geringer Sprengkraft", die die "Abschreckung verstärkt".

Kritiker befürchten aber, dass Waffen mit geringerer Sprengkraft die Atommächte dazu verleiten könnten, ihre Zurückhaltung aufzugeben und damit die Gefahr eines Atomkriegs steigt.

Der W76-2-Gefechtskopf hat nach Angaben von Wissenschaftlern der Federation of American Scientists eine geschätzte Sprengkraft von fünf Kilotonnen TNT. (im Vergleich dazu – Die Hiroshimabombe hatte 13 Kilotonnen TNT). Die Sprengkraft der bisher auf US-Unterwasserbooten eingesetzten Atomsprengköpfe liege hingegen bei 90 - 455 Kilotonnen TNT, berichteten William Arkin und Hans Kristensen auf der Website des Verbands. Man kann sich diesen Wahnsinn nicht schlimm genug vorstellen. Das muss aufhören.

Teures Modernisierungsprogramm

Zehn Jahre nach dem Bundestagsbeschluss steht die „Modernisierung“ der US-Atombomben vom Typ B61-3 und B61-4 an, die gut 30 Jahre alt und am Ende ihrer Lebensspanne angelangt sind. Dabei geht es aber nicht um eine Verlängerung der Lebensdauer der Bomben, sondern sie sollen durch eine völlig neue Version, die B61-12 ersetzt werden, eine zielgenaue, elektronisch gesteuerte Atomwaffe mit variabler Sprengkraft und vergrößerter Reichweite.

Geschätzte zehn Milliarden Dollar geben die USA für das gesamte Modernisierungsprogramm aus. "Es gibt Berechnungen, nach denen es billiger wäre, die Bombe aus massivem Gold zu bauen", betont Kristensen. Wir brauchen angesichts der Corona-Krise nicht zu betonen, dass dieses Geld für die menschliche Sicherheit fehlt. Das Gesundheitswesen bräuchte diese Investitionen dringend

"Operation Bombentausch"

Kritiker befürchten nun, dass mit den neuen, präziser einsetzbaren Bomben die Gefahr eines Nuklearangriffs steigen könnte. Die USA haben sie bereits auf Kriegsschiffen. Wann die neuen Atombomben im kleinen deutschen Ort Büchel ankommen, steht noch nicht fest - Experten rechnen damit frühestens ab dem Jahr 2022. In jedem Fall werde der Austausch der Bomben unter der größtmöglichen Geheimhaltung stattfinden, mutmaßt ein Pilot der Luftwaffe, der den Fliegerhorst in Büchel kennt wie seine Westentasche. "Dann ist der Flugplatz gesperrt, und es kommt ein amerikanisches Flugzeug - und man weiß nicht, ob es Coca-Cola gebracht oder Bomben abgeholt hat."

„Wir sind in großer Sorge über die zunehmende Erosion der internationalen Rüstungskontroll-

architektur und die milliardenschweren Aufrüstungsvorhaben der Atomwaffenstaaten“, sagt Dr. Inga Blum aus dem Vorstand der deutschen Sektion der IPPNW. „Gleichzeitig soll die Bundeswehr neue Trägerflugzeuge erhalten und Gedankenspiele über eine Nukleare Teilhabe mit Frankreich kursieren. 75 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki sind dies fatale Entwicklungen, mit denen ein atomwaffenfreies Deutschland in einem atomwaffenfreien Europa in immer weitere Ferne rückt!“ Wir sehen wohin uns diese wahnsinnigen Rüstungsausgaben weltweit führen. Seit Wochen sperrt man uns in die Wohnungen, weil das Gesundheitssystem kaputt gespart wurde und Schindluder mit den Steuergeldern getrieben wird.

Man kann jetzt sagen, dass neue Atomwaffen angesichts der Corona-Krise nicht vordringlich wären, oh doch, es hängt alles miteinander zusammen, und dieser Rüstungswahnsinn ist ein großer Teil unserer weltweiten Probleme. Es wäre ein Anfang, wenn wir nach der Pandemie das menschliche Leben, von dem jetzt so viel die Rede ist, wirklich in den Mittelpunkt stellen würden.

**Statt Milliarden für Rüstung & Krieg,
mehr Geld für Krankenhäuser & Pflegepersonal**